**Deutscher Bundestag** **Drucksache 19/6422**

**19. Wahlperiode** 11.12.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu, Matthias Höhn, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Andrej Hunko, Jan Korte, Stefan Liebich, Thomas Lutze, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.**

## USA zur Rückkehr in den INF-Vertrag auffordern – Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag bewertet die angekündigte Aufkündigung des Vertrags über landgestützte Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) durch die USA als friedensgefährdend und sicherheitspolitisch kontraproduktiv.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die USA öffentlich zur Rückkehr in den INF-Vertrag bzw. zum Verbleib in dem Vertrag aufzufordern, und zugleich gegenüber den USA öffentlich zu erklären, dass die Bundesrepublik unter keinen Umständen einer Stationierung neuer US-Atomwaffen auf ihrem Territorium zustimmen wird;
2. mit Staaten in Europa (nicht nur NATO-Mitgliedsstaaten) die Möglichkeiten eines gemeinsamen diplomatischen Handelns zu eruieren, um eine aktive Vermittlungspolitik zu beginnen, die beide Seiten - die USA und Russland- dazu bewegen soll, die Konflikte um die Verifikation des Vertrages in Gesprächen ohne Vorbedingung zu lösen.

Berlin, den 11. Dezember 2018

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

## Begründung

Die Erklärungen von US-Präsident Trump vom 20.10., und von Außenminister Pompeo auf der Außenministertagung der NATO am 4.12. 2018, dass die USA den INF-Vertrag verlassen werden, stellen eine weitere gefährliche Zäsur in der Erosion des Systems weltweiter Rüstungskontroll-und Abrüstungsvereinbarungen dar.

Der Abschluss des INF-Vertrags zwischen der Sowjetunion und den USA im Dezember 1987 demonstrierte der Welt die Möglichkeiten friedlicher Koexistenz und von Dialog und Vertrauensbildung. Als erster Vertrag überhaupt diente er nicht nur der Rüstungsbegrenzung, sondern der Abrüstung: Hunderte gefährlicher nuklear bestückter Mittelstreckenraketen, die jahrelang die Existenz Europas bedroht hatten, wurden abgebaut und verschrottet. Er leitete eine Periode der Verständigung und der Entspannung in Europa ein: Die später geschlossenen Verträge über Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die die bisherige Sicherheitsarchitektur in Europa darstellten, bauten auf dem Vertrauen auf, das er schuf. Die damals vereinbarten Verifikationsinstrumente stehen heute noch zur Verfügung, um die Einhaltung des Vertrages zu kontrollieren.

Diese Erosion der europäischen Sicherheitsstruktur wurde von den USA leichtfertig in Gang gesetzt: Auf dem Gebiet der konventionellen Rüstungsbegrenzung wurde der 1999 fertig verhandelte AKSE-Vertrag nie ratifiziert. Auch auf dem Gebiet der Nuklearwaffen manifestierten die USA 2002 mit ihrer Aufkündigung des ABM-Vertrags ihren Unwillen, Sicherheit gemeinsam mit Russland zu definieren. Zur selben Zeit forcierten die USA die Strategie der Ostausdehnung der NATO, die - von 1999 bis heute - maßgebliche russische Sicherheitsinteressen ignoriert, und Sicherheit in Osteuropa einseitig nur gegen Russland definiert.

Die aktuellen beiderseitigen Vorwürfe der Vertragsuntreue und das damit einhergehende Misstrauen sind besorgniserregend. Die USA und Russland bezichtigen sich gegenseitig der Verletzung der INF-Vertragsbestimmungen – die Angaben beider lassen sich nicht unabhängig verifizieren. Während Moskau jedoch zumindest politisch die Wichtigkeit der Abrüstungsarchitektur anerkennt, stellt die Trump-Administration zur selben Zeit ganz offen auch andere wichtige Verträge zur Disposition. Die Verlängerung des NEW START-Abkommens über die Obergrenzen strategischer Nuklearwaffen z.B. droht 2021 zu scheitern, weil dies nach Worten des US-Präsidenten ‚nicht in Amerikas Interesse' sei. Auch auf russischer Seite herrscht nunmehr das nur-militärische Kalkül: Die jüngsten Entscheidungen zum Bau neuer supersonischer Interkontinental-Raketen und Marschflugkörper müssen in dieser Hinsicht als Reaktion auf die Gefährdung des strategischen Gleichgewichts aus russischer Sicht gesehen werden. Die Installation des NATO-Raketenschirms, und insbesondere die US-Interzeptorenbasen, die zu Land und zur See um das Land herum stationiert werden, werden hierbei von Russland als existenzielle Bedrohung aufgefasst.

Das russische Agieren in der Ukraine nahmen die USA dann 2014 zum Anlass, sämtliche militärischen Konsultationen mit Russland abzubrechen. Erst in jüngster Zeit wurden Tagungen des NATO-Russland-Rats überhaupt wieder durchgeführt – das aber nicht auf der Ebene militärischer oder politischer Entscheidungsträger. Die daraus entstehende Sprachlosigkeit und etwaige, potentiell katastrophale Missverständnisse nimmt Washington offenbar sehenden Auges in Kauf.

Die USA betreiben gleichzeitig eine immer waghalsigere Nuklearwaffenstrategie, die nicht auf Verständigung und Dialog, sondern auf Drohung und möglichen Kernwaffeneinsatz setzt. Teil des Modernisierungsprogramms ist die Miniaturisierung auch der in Deutschland lagernden taktischen US-Atomwaffen, um deren Einsatz leichter möglich zu machen. Die seit 2010 vorangetriebene US-Atomwaffenmodernisierung, für die bereits unter Obama Hunderte Milliarden Dollar aufgewendet wurden, soll jetzt, der neuen Nuklearstrategie Trumps folgend, noch einmal mit noch mehr Mitteln forciert werden. Dazu gehört auch der Bau von Mittelstreckenraketen. Führende Hardliner im US-Kongress fordern mit Bezug auf den INF-Streit schon seit Jahren die Stationierung von neuen US-Atomwaffen in Europa. Sie haben durchgesetzt, dass bereits im US-Haushalt für 2018 die Forschungsgelder für ein landgestütztes Trägersystem bewilligt wurden, das seinerseits von seinen Parametern her offen den INF-Vertrag verletzt – ein Umstand, der die Glaubwürdigkeit der US-Position in diesem Streit zusätzlich untergräbt.

Angesichts der Risiken muss die Bundesrepublik jetzt eigenverantwortlich handeln. Der hastigen Ankündigung einer abrüstungspolitischen Initiative (Außenminister Maas, 3.11.2018) müssen konkrete Schritte folgen. Die Vertragsparteien müssen sofort die dafür vorgesehene Verifikationskommission einberufen, und mit substantiellen Gesprächen ohne Vorbedingungen beginnen. Die Bundesregierung muss möglichst gemeinsam mit anderen

europäischen Ländern, aber notfalls auch im Alleingang alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen, um Washington zur Umkehr zu veranlassen. Die Vabanque-Spiele der NS-Nukleardoktrin unter Präsident Trump als oberstem US-Befehlshaber müssen darüber hinaus endlich Anlass sein, die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik zu beenden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.